Nr. 93. 37. Jahrgang. Abend-Ausgabe. Donnerstag, 20. Februar 1908

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Der Kultusminister und die Universitäten.

Zu den alljährlich wiederkehrenden Erscheinungen in unserem parlamentarischen Leben gehören sogenannte „Kulturdebatten". Bei Lichte besehen, kommt ihnen diese Ehrenbezeichnung nicht zu. Von Kulturfragen im eigentlichen Sinne des Wortes ist dabei meistens weit weniger die Rede als vom Gegenteil. Das Ergebnis dieser vermeintlichen Kulturdebatten in unserem preußischen Dreiklassenparlament ist schon seit geraumer Zeit kein anderes als die Erkenntnis, daß wir hierzulande so ziemlich in den meisten Unterrichts- und Volksbildungsangelegenheiten schon lange nicht mehr an der Spitze marschieren, sondern mühselig nur noch an letzter oder an vorletzter Stelle nachhinken. Einzig das gesegnete Mecklenburg hat in dieser Hinsicht bedingungslos den Vortritt.

Bei der letzten diesjährigen Generaldebatte über den Staatshaushalt, gelegentlich der famosen Achterklärung der Deutschen Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, hat sich indessen der heutige oberste Leiter unseres Unterrichtswesens zu einer Meinungsäußerung gemäßigt gefunden, die einzig in ihrer Art dasteht. Was bisher noch kein preußischer Kultusminister in einer öffentlichen Parlamentssitzung auszusprechen gewagt hat, selbst wenn man bis in die Zeiten eines Eichhorn, Raumer oder Mühler zurückgreift, das ist mit der denkbar größten Unbefangenheit dem Gehege der Zähne des Herrn Dr. Holle entschlüpft. Er erklärte nämlich in jener denkwürdigen Sitzung unseres Abgeordnetenhauses, daß er an dem christlichen Charakter unserer Universitäten unbedingt festhalten werde! Hat der Minister, als er dieses „große Wort gelassen" aussprach, bedacht, daß er sich damit auf den Standpunkt Leos XIII. und in weitem Abstande von diesem auf den Standpunkt eines Dr. Lueger gestellt? Die gesamte Kulturwelt protestierte gegen das Anstinnen des Papstes, das Geistesleben unserer Zeit auf die Anschauungen Thomas von Aquino festlegen zu wollen. Gegen den demagogischen Wiener Stadtoberhauptes Beschimpfung der österreichischen Universitäten erhoben sich einmütig die Lehrer der dortigen Hochschulen. Der ungeheuerlichen ministeriellen Erklärung in unserem Abgeordnetenhause gegenüber verhielt sich die öffentliche Meinung ganz stille. Liegt in diesem Schweigen ein Anzeichen der Teilnahmlosigkeit oder der richtigen Bewertung des ministeriellen Ausspruches?

Doch sei dem wie ihm wolle. Wie steht aber der ministerielle Ausspruch zum Artikel 20 der preußischen Verfassung? Das ist die einzige Frage, auf die es in Wahrheit ankommt. Dieser im klassisch-lapidarsten Stile abgefaßte Verfassungsartikel lautet bekanntlich: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei." Das sind wirklich sieben heilige Worte, und an ihrer nicht zu überbietenden Klarheit zerschellen alle ministeriellen, ja selbst alle geheimrätlichen Ausdeutungskünste, alle Unterlegungsversuche. Diese sieben Worte besagen unwiderleglich, daß nicht bloß die reine Forschung, das heißt „die Wissenschaft", sondern auch ihre Verkündung an öffentlichen Stellen, vor allem in den Hörsälen der Universitäten, „die Lehre" frei ist. Damit ist, wenn anders Worte überhaupt noch einen vernünftigen Sinn haben sollen, die endgültige Beseitigung des konfessionellen Charakters unserer Hochschulen verfassungsmäßig gewährleistet. Denn die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre ist mit dem konfessionellen Charakter der Hochschulen unbedingt unverträglich. Erklärt indessen trotzdem ein preußischer Kultusminister, an dem konfessionellen Charakter der Universitäten festhalten zu wollen, dann setzt er sich mit der bestehenden Verfassung in einen unlöslichen Widerspruch. Das ist sonnenklar! Alle bisherigen Kultusminister haben auch tatsächlich an dem nichtkonfessionellen Charakter unserer Universitäten festgehalten, sogar solchen Hochschulen gegenüber, die, wie beispielshalber Halle oder Greifswald, ursprünglich als reinevangelische gegründet waren. Einzig Herr Dr. Holle will diese mit unserer Verfassung in schärfstem Widerspruch stehende Auffassung vertreten?

Da ist es denn auf der anderen Seite ebenso lehrreich als notwendig, auf die Anschauungen derjenigen großen Staatsmänner hinzuweisen, die bei der Begründung unserer Berliner Universität, deren Jahrhundertfeier binnen kurzem bevorsteht, ausschlaggebend gewesen sind. Es ist herzerhebend, in den Blättern der Gründungsgeschichte unserer Universität nachzulesen, von welchen Ideen die damaligen Ratgeber des Königs, die Fichte, die Schleiermacher, ja selbst die Beyme und Schmalz und vor allen anderen der damalige Staatsminister Wilhelm v. Humboldt beseelt waren! Humboldts unvergeßlicher Bericht vom 24. Juli 1809 „An des Königs Majestät" ist, wie Rudolf Köpke zutreffend sich ausdrückt, ein Meisterstück politischer Darlegung, aus dem die Einheit tiefer wissenschaftlicher und politischer Ueberzeugung hervorleuchtet. Was aber sollte nach Wilhelm v. Humboldts Worten der oberste Zweck dieser neugegründeten Hochschule sein? Der deutschen Wissenschaft ein Freistatt für allezeit zu gewähren. Hier ist also der Verfassungsstandpunkt schon vorweggenommen. Und wenn in der Kabinettsorder vom 20. November 1810 dem Nachfolger Wilhelms v. Humboldt, dem Geheimen Staatsrat v. Schuckmann, einem durchaus nicht ideal gesinnten Staatsmann, dem die „Idealisten und die exaltierten Köpfe zuwider" waren, ans Herz gelegt wird, „dafür zu sorgen, daß eine gründliche Erlernung der Wissenschaften und Erlangung der nötigen Kenntnisse für alle Stände stattfinde . . ., vorzüglich aber, daß kein Monopolieneist in den Wissenschaften aufkomme, welches nirgends verwerflicher ist als bei den Gegenständen der menschlichen Erkenntnis" — ist dann die Deutung des Begriffes „Monopolieneist" in der Wissenschaft auch als Freisein vom konfessionellen Monopolieneist in der Wissenschaft gar so kühn? Berücksichtigt man den hohen Geistesflug jener Zeit und ihrer an der neubegründeten Berliner Universität wirkenden Führer, dann wird man zu dieser Deutung des Wortes „Monopolieneist in der Wissenschaft" geradezu hingedrängt.

Also lange, mehrere Jahrzehnte vor der verfassungsmäßig gewährleisteten Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre sollte hier in Berlin eine von jeder konfessionellen Einseitigkeit losgesprochene wissenschaftliche Freistatt sich erheben. Darin lag und liegt das wahrhaft epochale Moment in der Begründung unserer Universität. „Der Allgemeinheit gelehrter Weisheit, des Wissens Freiheit gehört dies königliche Haus," so lauteten die Schlußworte eines Festgesanges zur Feier der Eröffnung. Und was ließ dieses Festlied die Lehrenden singen und sagen? „Frei ist die Seele, frei! — —

Wir wecken dich und zeigen treulich dir,
Was wir von ew'ger Wahrheit selbst erkannt,
Und zeigen dir, wie uns das Licht verwandt,
So ist der freien Lehre freier Brauch.
Wir wollen euch zu lernen lehren!"

Und wer war's, dem diese herrlichen Worte damals aus dem Herzen quollen? Klemens Brentano!

Und heute, nach dem Verlaufe von nahezu einem Jahrhundert, sechzig Jahre nach dem Eintritt Preußens in die Reihe der konstitutionellen Staaten, fast vierzig Jahre nach der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, vergreift sich ein preußischer Kultusminister an dem Bildungsbewußtsein unserer Zeit und erklärt, an dem konfessionellen Charakter unserer Hochschulen festhalten zu wollen, trotz der bei der Begründung unserer Berliner Universität schon vor einem Jahrhundert zur Geltung gelangten grundgegenteiligen Anschauung und trotz des Artikels zwanzig unserer Verfassung!

Hierbei ist nur ein Umstand tröstlich: daß Minister nicht unvergänglich und ihre Worte nicht unverwehbar sind!

Campbell-Bannerman zwischen zwei Feuern.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

β **London**, 20. Februar.

86 liberale Parlamentsmitglieder haben der Regierung ein Promemoria überreicht, worin sie erklären, diese nicht in der Festsetzung der Höhe des Marineetats beschränken zu wollen. Die **Opposition** soll zu dem Macdonaldschen Beschlusse, der bekanntlich Ersparnisse im Marineetat fordert, ein Amendement beabsichtigen, worin die Opposition erklärt, der Regierung alle Mittel zur Verfügung stellen zu wollen, die zur Verteidigung des Reiches nötig sind, und die den Standard hierfür aufrecht erhalten. Danach würden anscheinend die Schwierigkeiten der Regierung über die Frage des Marineetats vermindert sein. Es bleibt nur die Frage, was die Opposition unter „Aufrechterhaltung des Standards" versteht, und ob die immerhin durch ihre eigene Erklärung an Ersparungen gebundene Regierung mit ihrem Marineetat den Anforderungen der Opposition genügt. Wäre dies nicht der Fall, so dürfte die Opposition, wenn auch aus entgegengesetzten Gründen, ihr Mißtrauensvotum mit dem derjenigen Liberalen vereinen, denen die Regierung in Ersparnissen nicht weit genug gegangen ist. Die Beratungen über den Marineetat sollen am nächsten Montag beginnen.

Inzwischen hat sich der Gesundheitszustand des Premierministers verschlimmert, so daß man fürchtet, er werde den Anforderungen der Session nicht gewachsen und gezwungen sein, das Amt als Führer im Unterhaus niederzulegen. Die törichte, von der „Times" vor einigen Tagen ausgesprochene Zumutung, Campbell-Bannerman werde einen Sitz im Oberhaus annehmen, wird sich natürlich nicht realisieren. Vorläufig trägt neben seinem eigenen Portefeuille Asquith die Bürde der Geschäfte. Er wird das aber auch nicht sehr lange inmitten der Session weiterführen können.

Die finnländische Frage.

(Von unserem Korrespondenten.)

▲ **Helsingfors**, 17. Februar.

Als vor etwas mehr als zwei Jahren das Manifest vom 4. November 1905 die gesetzwidrigen Verordnungen der Bobrikowschen Periode abschaffte und die gesetzliche Ordnung in Finnland wiederherstellte, hoffte man hier, daß die „finnländische Frage" zu existieren aufgehört hätte. Eine Zeit großer Reformen brach herein, deren vornehmstes Ergebnis das auf breitester demokratischer Grundlage ruhende Landtagsstatut von 1906 bildet. Der neue Generalgouverneur Gerard stellte sich entschieden auf den Boden der Verfassung und hat sich trotz seiner in gewissen Einzelheiten von der finnländischen Anschauung abweichenden

Riesen-Dollartempel.

Von [Nachdruck verboten.]

Henry F. Urban.

Aus dem Wolkenkratzerviertel am unteren Hafen von New-York (Lamprecht vergleicht es mit den alten Tuster-Burgen von San Gimignano) ragt seit kurzem ein Goliath hervor, 612 Fuß hoch, mit 47 Stockwerken. Wenn bisher die meisten Wolkenkratzer mehr die Gestalt von Türmen als von wirklichen Gebäuden hatten, so ist dieser Goliath nur noch Turm und nichts weiter. Er bildet gewissermaßen den Auswuchs eines breiteren Geschäftsgebäudes, das den Namen „Singer-Gebäude" trägt.

Den eiligen Dollaranbeter im heiligsten Dollarrevier New-Yorks ließ dieser neueste und gewaltigste Dollartempel immerhin einige Minuten Halt machen und die Augen himmelwärts wenden. Triumph erfüllt sein Herz bei dem Gedanken, daß dieses Ungetüm noch höher sei als der bisher höchste Wolkenkratzer. Aber nun hat der Dollaranbeter schon Grund zu noch größerer Freude. Denn bereits wächst ein ganz ähnlicher Bau weiter oben in der Stadt, am Madison Square, aus dem Boden. Es ist der turmähnliche Ausbau an einer Ecke des Gebäudes der Metropolitan Life Isurance Company, das einen ganzen Straßenblock einnimmt. Um das nötige Fundament zu finden, das 78 Fuß in der Breite und 85 Fuß in der Länge mißt, mußten zunächst eine Anzahl Schächte gegraben werden, bis Felsen erreicht wurde. Die Schächte wurden dann mit Zement gefüllt; auf ihnen ruht der Wolkenkratzer. Während das Gebäude der Gesellschaft nur etwa neun Stockwerke hoch ist, soll der turmartige Ausbau 48 Stockwerke hoch in die Luft ragen. Das wird eine Höhe von 658 Fuß ergeben, also mehr als die Höhe des Kölner Doms. Die Wände werden aus weißem Marmor sein und werden nach dem bei Wolkenkratzern üblichen Verfahren geradenwegs in das stählerne Gerippe eingesetzt. Sein Licht wird dieser Dollartempel durch 1400 Fenster empfangen. Seine Kosten sind auf 2 Millionen Dollars veranschlagt, wovon 350,000 Dollars allein auf das stählerne Gerippe entfallen.

Außerordentlich interessant ist die Entstehung eines solchen architektonischen Ungetüms. Der Verteilung von Gewicht und Winddruck wird die allergrößte Aufmerksamkeit geschenkt. Beides ist nicht die Arbeit der Architekten, sondern von Ingenieuren. Sie sind es, die das gewaltige Gerippe aus stählernen Pfosten und Querbalken entwerfen und errichten. Der Architekt bekleidet dann das Stahlgerippe mit Wänden, ungefähr wie ein Schneider einem Menschen einen Rock anpaßt. Das Bruttogewicht des Wolkenkratzers, mit dem die Ingenieure zu rechnen haben, beträgt 37,333 Tonnen. Gewöhnlich nehmen sie einen Winddruck von 30 Pfund auf den Quadratzoll als den höchsten für den Wolkenkratzer an. Das entspricht etwa dem Gewicht von mehreren Infanterieregimentern, die auf einer Brücke halten. In diesem Falle sind die Ingenieure bei ihrer Berechnung noch weiter gegangen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß dieser Wolkenkratzer nach allen Seiten völlig frei steht, haben sie den Winddruck auf 60 Pfund für den Quadratzoll angenommen. Außerdem hatten sie noch das Pendeln aller solcher Gebäude in Betracht zu ziehen. Daher ist Vorsorge getroffen worden, daß das Mauerwerk an einer Seite sich dehnt, während es auf der anderen Seite sich zusammenzieht. An Stahl allein braucht der neue Wolkenkratzer nicht weniger als 8135 Tonnen. Alle Pfeiler sind zuerst mit einer vor Zersetzung schützenden, dann mit einer wasserfesten Farbe gestrichen und dann mit einem zwei Zoll dicken Zement bekleidet, der fest wie Stein wird. Dieses Verfahren ist eine der Lehren aus dem Erdbeben von San Francisco, wo das Feuer diesem Zement nichts anhatte, aber die unbekleideten Pfeiler erweichte. Ferner benötigt der Wolkenkratzer 40,000 Fässer Zement, besonders für Fußböden, und 200,900 Kubikfuß Marmor für die Wandbekleidung. Auch bei diesem Gebäude wird auf das Stahlgerippe der unteren Stockwerke bereits die Wandbekleidung gesetzt, während oben das Stahlgerippe weiter in die Höhe steigt.

Uebrigens gestatteten sich die Eisenarbeiter neulich ein Wolkenkratzerwitzchen. Am 25. Stockwerk des Stahlgerippes hatten sie ein Riesenplakat angebracht, das in Riesenbuchstaben besagte: „Verunreinigung bei Strafe des Gesetzes verboten!" Darüber tat die prüde Weiblichkeit auf der Straße entsetzt, die Männer schüttelten sich vor Lachen. Die marmorne Wandbekleidung erhält innen eine Art Futter, bestehend aus 12,000,000 Ziegeln. Natürlich kommt auch bei diesem Wolkenkratzer der Trick aller Architekten in Anwendung, mit dem schon die ältesten Architekten arbeiteten: die Linien des Gebäudes nicht völlig gerade verlaufen zu lassen, sondern sie nach der Höhe hin abzuschrägen. Wenn das nicht der Fall wäre, würde ein Wolkenkratzer auf den Beschauer den Eindruck machen, als ob seine Spitze nach vorn überkippen wollte. Daher werden die Wände dieses Riesen aus Stahl und Marmor in der Höhe östlich und westlich um einen ganzen Fuß und nördlich und südlich um 9 Zoll zurücktreten. Nach seiner Vollendung wird er sechs Lifts enthalten für die Geschäftsleute, die in den 48 Stockwerken fleißig Dollars machen werden.

Aber noch interessanter als die Riesendollartempel selber sind die neuen Fragen, die durch sie entstanden sind. Die Architekten waren vor allem vor die Frage gestellt: Welchen Stil geben wir ihnen? Fast alle Baustile sind versucht worden, namentlich italienische und französische Renaissance, aber nur hier und da mit Glück. Unterbau und Oberbau waren leichter zu behandeln. Aber die fürchterliche Oede der endlosen Wandflächen des Mittelbaues spottete aller Versuche, sie zu überwinden. Der Eindruck einer Massenversammlung von Fenstern blieb. Es scheint jedoch, als ob die Architekten die Schwierigkeit langsam durch Fenstergruppen mit reicherer Fensterornamentik beseitigen werden. Ein eigener amerikanischer Wolkenkratzerstil ist bisher jedoch nicht gefunden worden. Jedenfalls kann der schönste Wolkenkratzer nicht zur Wirkung kommen, weil die Straße, an der er steht, viel zu eng im Verhältnis zu seiner Höhe ist. Niemand hat daran gedacht, von Anfang an ein richtiges Verhältnis zwischen Straßenbreite und Wolkenkratzerhöhe herzustellen.

Das hat zugleich neue sanitäre Fragen gezeitigt. Die Straßen, an denen diese Ungetüme stehen, sind zu finsteren, kalten und zugigen Schluchten geworden und zu Brutstätten für Bazillen aller Art. Und die Arbeitsräume, in denen die unglücklichen Dollarsklaven arbeiten, werden selten von dem freundlichen und belebenden Sonnenlicht erhellt; wenn wo anders die Sonne in Geschäftsräume hineinscheint, müssen die Heloten der Riesendollartempel bei künstlichem Licht arbeiten. Gar nicht zu reden davon, daß bei Feuersgefahr alle Löschvorrichtungen der Feuerwehr versagen müßten, weil kein Wasserstrahl die höchsten Stockwerke erreichen könnte. Sie bilden also eine